

Wil-West-Landverkauf stösst auf Kritik

Die St. Galler Regierung will das Entwicklungsareal dem Thurgau verkaufen. Dafür gibt es im Kantonsrat aber längst keine Mehrheit.

Marcel Elsener

Das St. Galler Stimmvolk hat den Kredit für die Standortentwicklung Wil West am 25. September knapp abgelehnt. Nun skizzieren die Regierungen der Kantone St. Gallen und Thurgau zusammen mit der Regio Wil ein mögliches Vorgehen, um das weit fortgeschrittene Projekt «als wichtigsten Eckpfeiler des Agglomerationsprogramms Wil» trotzdem zu realisieren.

Dabei sollen die bauliche Entwicklung und die Nutzung des Areals «auf der Grundlage der bisherigen Arbeiten umgesetzt, aber noch stärker auf das Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden», teilt die Staatskanzlei mit. Die beste Gewähr, um diese Ziele zu erreichen, biete ein Verkauf der Grundstücke des Kantons St. Gallen auf den Zeitpunkt und dem Vorbehalt der Einzonung als Wirtschaftsareal an den Kanton Thurgau.

Nutzung wäre Sache des Kantons Thurgau

Der Kanton St. Gallen habe nach der Volksabstimmung keine Mittel mehr, Wil West als Eigentümers zu erschliessen und zu entwickeln, bestätigt der St. Galler Regierungspräsident Marc Mächler seine Aussagen vom November. Doch habe das Vorhaben für beide Kantonsregierungen eine grosse Bedeutung und sei es «nicht opportun, das Agglomerationsprojekt in Frage zu stellen». Dass der Thurgau bereit sei, das Land nach der Einzonung zu kaufen und zu entwickeln, sei aus St. Galler Sicht die beste Lösung, meint Mächler, zumal die Nutzung dann «in einer Hand gebündelt einfacher» werde. Weiterhin seien die beiden Regierungen und die Regio Wil überzeugt, dass mit Wil West und den geplanten 3000 Arbeitsplätzen weniger Kulturland benötigt werde als wenn die 23 Gemeinden ihre eigenen Industrieareale einzönten. Die Vereinbarung



Blick auf das Land am Stadtrand von Wil, das erschlossen werden soll.

Bild: Hanspeter Schiess

gegen die Zersiedelung wäre weiterhin gültig.

Die beiden Regierungen haben ihr Vorgehen in den letzten Tagen mit den Fraktionen der Kantonsparlamente Thurgau und St. Gallen sowie den Gemeinden der Regio Wil eingehend und teilweise kontrovers diskutiert, wie es in der Mitteilung heisst. «Es gab seitens der einzelnen Fraktionen der beiden Parlamente sowohl zustimmende wie auch kritische Stimmen zum geplanten Vorgehen.» Im April soll der angestrebte Lösungsweg nochmals mit den Fraktionen und den Gemeinden besprochen werden.

33 Millionen wäre das Land nicht mehr wert

Über ein allfälliges Grundstücksgeschäft zwischen den beiden Kantonen entscheiden letztlich die Kantonsparlamente.

Die St. Galler Regierung wolle die Botschaft vor oder nach den Sommerferien unterbreiten, sagt Mächler, sodass im September die Kommission bestellt und das Geschäft im November vom Kantonsrat behandelt werden könnte.

Das Grundstück würde zum Marktwert verkauft, der als nicht erschlossenes Industrieareal allerdings tiefer sein werde als in der Abstimmungsvorlage angegeben: Da war gemäss Berechnungen zweier Raumentwicklungsbüros von einem durchschnittlichen Landwert von 500 Franken pro Quadratmeter die Rede gewesen, was bei einer vermarkteten Fläche von rund 65 000 Quadratmeter gut 33 Millionen Franken bedeutete hätte.

Die ersten Reaktionen jener Parteien, die das Projekt vor der Abstimmung ablehnten, deuten

auf wenig Unterstützung für den Vorschlag der Regierungen hin.

SVP, SP und Grüne lehnen Verkauf ab

Die SVP lehne einen Landverkauf an den Thurgau ab, weil dies einer Umgehung des Volksentscheids gleichkomme, meint SVP-Vizefraktionschef Sascha Schmid. Jedoch solle dies kein Hindernis sein, die umliegenden Verkehrsprojekte, die nicht mit der Abstimmungsvorlage zusammenhängen, zu realisieren – sprich die Autobahnausfahrt Wil West sowie die Netzergänzung Nord sollen laut SVP gebaut und die Planung der Netzergänzung Ost beschleunigt werden.

Die SP halte es für «gefährlich», wenn der Kanton St. Gallen mit dem Verkauf das Mitspracherecht am Projekt verliere, obwohl die Ausgestaltung von Wil West noch so unklar sei,

sagt SP-Kantonalpräsidentin Andrea Scheck. Die St. Galler Stimmbevölkerung lehne das Projekt «besonders aus Gründen der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes klar ab»; solange die Thurgauer Regierung die Anpassungen betreffend Kulturlandverschleiss und klimagerechter Mobilität nicht konkret und verbindlich zusichere, lehne die SP einen Verkauf des Grundstücks ab. Ebenso sei die Partei weiterhin gegen den Autobahnanschluss sowie die geplanten Parkhäuser auf Vorrat.

Ähnlich sehen es die Grünen: «Den klaren Volkswillen für einen sorgsameren Umgang mit Kulturland durch einen Landverkauf bloss zu umgehen, ist für uns keine Option», sagt Fraktionschef Meinrad Gschwend. Die Grünen anerkannten das Bedürfnis für eine wirtschaftliche Entwicklung in der Region Wil,

aber es brauche einen Marschhalt, um das Konzept von Wil West nochmals grundlegend zu überprüfen. «Wenn das Gebiet tatsächlich überbaut werden soll, dann hat sich das Projekt von A bis Z an den Klimazielen von Paris zu orientieren.»

Mit dem Landverkauf werde der Volksentscheid gegen den Kulturlandverschleiss «eleganter ausgehebelt», schreibt der VCS Ostschweiz. Die «schönen Worte» der Thurgauer Regierung, das Projekt zugunsten von öV und Velo zu überarbeiten und Kompensation für das überbaute Kulturland zu schaffen, müssten schriftlich verbrieft werden, um Vertrauen zu schaffen. «Erst nach Vorliegen dieser Verbindlichkeiten würde der VCS seine Ablehnung zum Landverkauf nochmals überprüfen», meint der Verband und fordert, das Riesenprojekt zu redimensionieren.

Der Thurgau will das Areal kaufen und ist optimistisch

Silvan Meile

Die Thurgauer Regierung ist bereit, das Projekt Wil West in die eigenen Hände zu nehmen. Nach Gesprächen mit den Amtskollegen aus St. Gallen möchten die Thurgauer Land vom Nachbaranton abkaufen. Es geht um zwei Grundstücke mit einer Gesamtgrösse von 124 000 Quadratmetern, die einst vom Gutsbetrieb der psychiatrischen Klinik Wil bewirtschaftet wurden und in St. Galler Besitz sind. Sie liegen auf Thurgauer Territorium.

Das Signal aus dem Thurgau ist klar: Die bauliche Entwicklung und die Nutzung des Areals sollen auf der Grundlage der jahrelangen Planungen weitergeführt werden. 3000 Arbeitsplätze für gut qualifiziertes Per-

sonal sind auf dem Grenzgebiet der beiden Kantone angedacht. Das St. Galler Stimmvolk stoppte dieses Vorhaben jedoch, als es einen Kredit zur Erschliessung und Vermarktung des Areals ablehnte.

Volksabstimmung vermeiden

Nun will der Thurgau den Ball aufnehmen. Zu welchem Preis der Kanton das Areal als Bauland kaufen könnte, steht gemäss Baudirektor Dominik Diezi noch nicht fest. Abgemacht sei, dass «zwei renommierte Büros den Preis schätzen und wir den Mittelwert» bezahlen.

«Eine Volksabstimmung ist gemäss Kantonsverfassung nicht vorgesehen», betont Diezi. Der Kauf des Landes würde

über den Finanzhaushalt ins Finanzvermögen abgewickelt werden. Dafür reiche die Zustimmung des Grossen Rates. Und auch eine Volksabstimmung über einen Erschliessungskredit, wie sie im Nachbaranton gescheitert ist, sei im Thurgau nicht notwendig. «Wir werden das Areal nicht selber entwickeln», sagt Diezi. Entsprechende Aufträge würden an Firmen vergeben. Über Vorschriften könnte der Kanton als Landbesitzer aber weiterhin die qualitativen Anforderungen für die Ansiedelung hochhalten.

Thurgauer Politiker zeigen sich offen gegenüber diesen Plänen. Um einem Kauf zustimmen zu können, müsste man aber alle Bedingungen kennen und eine politische Diskussion führen,

sagt Stephan Tobler, Fraktionspräsident der SVP. Dabei soll auch die Frage aufgeworfen werden, ob eine derartige Investition tatsächlich ohne Volksabstimmung getätigt werden kann und soll. «Wir stehen dem Vorhaben des Kantons positiv gegenüber, das Land zu übernehmen», sagt Anders Stokholm, Fraktionschef der FDP. «Es ist eine gute Möglichkeit, sich im wirtschaftlichen Wettbewerb zu positionieren und Ansiedelungen zu steuern.» Wenn alles in einer Hand liege, reduziere das auch die Komplexität.

«Wir sind vorsichtig befürwortend», sagt Stefan Leuthold von der GLP. Interessenten für Ansiedelungen gebe es bestimmt. «Wir würden das Projekt aber gerne etappiert reali-

sieren, um laufend auf Bedürfnisse von Investoren reagieren zu können und dabei sorgfältig mit dem Land umzugehen.»

Es bleibt nur noch Zeit bis Ende Jahr

Die Euphorie in den Standortgemeinden ist verpufft, die Zeit drängt. Für Wil West müssten die Baumaschinen 2025 auffahren, damit der Bund das Agglomerationsprogramm mit den zugesicherten 130 Millionen Franken unterstützt, sagt Diezi. «Deshalb muss für uns bis Ende dieses Jahres bekannt sein, ob wir das Land kaufen können.» Sonst sei für den Thurgau das Projekt nicht mehr länger zu halten. Eine Volksabstimmung über den Landverkauf, wie es die Gegner im St. Galler Kantonsrat bereits

forderten, würde das Projekt zusätzlich blockieren.

Diezi betont, dass die Gebäude auf dem Areal CO₂-neutral geplant seien. Dennoch müsse das Projekt noch nachhaltiger werden. Luft nach oben sieht er bei der Kommunikation. Zusätzliches Vertrauen könne geschaffen werden, indem aufgezeigt werde, dass 23 Gemeinden der Regio Wil verbindlich kein neues Bauland einzönten dürfen. Andererseits soll geprüft werden, wo Bauland als Kompensation ausgezont werden kann. Firmen für Wil West zu finden, sieht Diezi aber nicht als Problem. Komme man mit solchen gut erschlossenen Flächen in dieser Distanz zu Zürich auf den Markt, müsse man sich darüber kaum Sorgen machen.